

Monatsspiegel

September 2006



SPD

Erlangen

Adressaufkleber

Hohe Erwartungen an die Gesundheitsreform nicht erfüllt

von Markus Baier

So einfach und nüchtern lautet die Kurzanalyse der auf den Weg gebrachten Gesundheitsreform der großen Koalition. Der von unserer Parteiführung geplante Einstieg in die Bürgerversicherung und die stärkere Steuerfinanzierung wurde aufgeschoben. Eine nötige Neuordnung zwischen privater und gesetzlicher Krankenversicherung bleibt unklar und in den ersten Anfängen stecken. Selbst wer keinen großen Wurf erwartet hatte, blickt schon fast erschrocken auf einen geradezu hilflosen Kompromiss.

Erlanger SPD zeigt Wege auf

Was sozialdemokratische Gesundheitspolitik aktuell leisten sollte, hat die

Erlanger SPD mit der Verabschiedung ihres Antrages in der Juli - KMV sehr deutlich gemacht, (siehe MS Juli S. 7,8). Notwendige Ziele einer Gesundheitspolitik, die an Solidarität und Zukunftsfähigkeit ausgerichtet sein sollte, wurden in diesem Antrag dem Gesetzesvorschlag der Regierung gegenüber gestellt.

Obwohl die Gesamtpartei in der Regierungsverantwortung steht, bleibt es unsere (sozial)demokratische Verpflichtung uns einzumischen und Fehlentwicklungen zu verhindern. Dies ist die Erlanger SPD der Allgemeinheit, gerade in einer „Gesundheitsstadt“, schuldig. Deshalb das „Nein“ zu dieser Gesundheitsreform.

Einnahmegrundlage erweitern – aber nicht über Beitragssatzerhöhungen

An den Anfang jeder Betrachtung muss die unter allen Experten unstrittige Feststellung stehen, dass unser System derzeit (noch) kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmen-Problem hat, Doch der medizinische Fortschritt wird zukünftig sehr viel teurer werden. Die LeistungserbringerInnen im Gesundheitswesen, die wirklich am Menschen arbeiten, sind am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Umstrukturierungen und Konzentration auf das Wesentliche sind dringend erforderlich um unsoziale Rationierung zu vermeiden. Wer den Patientinnen und Patienten finanziell noch mehr abverlangt, setzt den sozialen Frieden aufs Spiel. Des-

Fortsetzung auf Seite 3

Termine

September

7	20.00	Gaststätte Waldschänke	Distrikt Ost	S. 10
11	20.00	August-Bebel-Haus	AK Kommunalpolitik	S. 13
12	20.00	Gaststätte Kulisse	Distrikt Innenstadt	S. 10
12	20.00	Schlossgaststätte	Distrikt Tennenlohe	S. 11
13	17.00	August-Bebel-Haus	60 Plus	S. 12
13	20.00	Zentrum Selbstbestimmtes Leben	AsF	S. 12
13	20.00	Brandenburger Adler	Erlanger-Mitte	S. 13
14	20.00	Biergarten Röthelheim	Kreisvorstand	S. 13
15	17.00	Alle am Röthelheimpark	AsF	S. 12
15	20.00	Gaststätte Mohrenkopf	Linkes Forum	S. 12
19	20.00	Schützenhaus	Distrikt Eltersdorf	S. 9
20	18.00	August-Bebel-Haus	AG Grundsatzprogramm	S. 12
20	20.00	Bürgertreff Die Villa	Distrikt Anger	S. 9
20	20.00	Biergarten Röthelheim	Distrikt Süd	S. 10
21	20.00	Turnerbund	Kreismitgliederversammlung	S. 4

Oktober

4	20.00		AsF	
12	20.00	Biergarten Röthelheim	Kreisvorstand	S. 13
19	20.00	Turnerbund	Kreismitgliederversammlung	
31	20.00		Distrikt Frauenaurach	S. 9

Kontakt

Kreisverband:

Vorsitzender: Robert Thaler

Tel.: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de

Bankverbindung: Sparkasse Erlangen Kt.Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 9:00 bis 12.30, 15:00 bis 18:00 Uhr
 Dienstag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Mittwoch 9:00 bis 12:30, 15:00 bis 18:00 Uhr
 Donnerstag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Freitag 9:00 bis 12:30 Uhr

Ansprechpartnerin:
 Karin Franke - Geschäftsführung

Impressum

Herausgeber:

SPD Kreisverband Erlangen
 Friedrich List Str. 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung:

Wolfgang Peter
 Baumschulenweg 11,
 91058 Erlangen
 Tel.:09131303090
 e-mail:monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck:

Gruner Druck GmbH, Erlangen

Auflage:

700 Stück

halb kann eine Beitragserhöhung nicht der richtige Schritt sein. Wo wird in den Reformplänen die Einnahmegrundlage substantiell verbreitert?

Der nötige Einstieg in eine teilweise Steuerfinanzierung des Gesundheitssystems findet tatsächlich nicht statt!

Ausgaben für Medikamente sinnvoll begrenzen

Bei den in Deutschland unverhältnismäßig teuren Medikamenten bewegt sich etwas zum Guten. Aber Vorsicht!

Die Bonus-Malus-Regelung gefährdet das wichtige Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient massiv. Die alleinige Fixierung auf Nachahmerpräparate (Generika) sollte nicht übertrieben werden. Gerade die Generikahersteller haben unser Gesundheitssystem (siehe Vergleich der internationalen Medikamentenpreise in den letzten Jahren) besonders ausgenutzt - ohne innovativ zu sein!

Der (Pseudo)Kassenwettbewerb – und das neuste Kind der Bürokratie

Ein Nebeneinander vieler hunderter gesetzlicher Krankenkassen mit nahezu identischem Leistungskatalog verschwendet Ressourcen in Bürokratie und Verwaltung, die für die medizinische Behandlung gebraucht werden.

Der fehlende Mut hier durchzugreifen wird uns nun einen Gesundheitsfond beschern, mit neuer Bürokratie! Da bleibt nur die Flucht in Zynismus: Das ist genau das, was wir brauchen!

Und um das Geld im Fond werden noch mächtigere Krankenkassen- und KV- (Kassenärztliche Vereinigung) Kartelle ringen. Auf die Schlussfolgerung, dass aber gerade diese ein großer Teil des Problems sind, kommt in Berlin scheinbar niemand – dem Lobbyismus sei Dank!

**Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Ausgabe Oktober 2006
20. 8. 2006**

Kein Kahlschlag – aber umsteuern

Es soll nicht der Eindruck erweckt werden – wie es die angeblichen „Fakten-Medien“ täglich tun -, dass nur ein mutiger, deregulierender „Reform-Pinselstrich“ genügt, damit „alles gut wird“. Genaue Detailarbeit ist nötig und genau die fehlt. Der Staat darf sich aus dieser Verantwortung nicht verabschieden.

Die Politik muss weiterhin am Gemeinwohl orientierte Ziele formulieren und durchsetzen. Hierzu einige Beispiele:

Vorsorge ist besser als Nachsorge

Prävention sollte oberste Priorität haben und muss eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe sein. Ganz schnell gelangt ein hierüber geführter Diskurs zu den Zusammenhängen von Bildung, sozialem Status und Gesundheit.

Ein Blick nach Schweden könnte uns lehren, dass Gesundheit und Verkehrspolitik nicht zu trennen sind. Die Form, wie individuelle Mobilität in Deutschland realisiert wird, gefährdet massiv unsere Gesundheit und vor allem die unserer Kinder.

Primärärztsystem - verpflichtend und sofort

Das starre Nebeneinander der verschiedenen Versorgungsebenen (ambulant, stationär, hausärztlich, fachärztlich) ist ein teurer Luxus ohne entsprechenden Nutzen. Das Nebeneinander wie bisher zu zügeln, schafft neue Bürokratie und individuelle Ungerechtigkeiten. Es dem freien Markt zu überlassen, wird die Kosten weiter steigern und die nötige ärztliche Versorgung wird nicht mehr allen zugänglich sein.

Ein Blick zum Beispiel nach Norwegen wäre sehr hilfreich bei der Zielbestimmung. Dort gibt es ein gut finanziertes, dezentrales Primärärztsystem als „Eingangspforte ins Gesundheitswesen“. Es ist steuerfinanziert und beinhaltet die wichtigsten Prinzipien einer Bürgerversicherung. Ein modernes und solidarisches Gesundheitssystem kann kein Selbstbedienungsladen sein, in dem mit Hilfe der Versiche-

rungskarte zu jeder Zeit jede Tür aufgeht. Mit wenigen Ausnahmen sollte der Weg nur über die hausärztliche Versorgungsebene in interdisziplinär-fachärztliche Versorgungszentren führen, die teils an Kliniken angeschlossen sind. Es sollten nicht die Leistungsbinger belohnt werden, die in der kürzesten Zeit die meisten Untersuchungen machen, sondern es geht individuell und strukturell darum, möglichst schnell die richtige Diagnostik und Therapie für die PatientInnen zu finden.

Solidarität und Zukunftstauglichkeit sind wichtigste Ziele

Das deutsche Gesundheitssystem muss sich in diese Richtung entwickeln und zwar bald, wenn es den nicht unerheblichen Rest an Qualität und sozialer Gerechtigkeit bewahren will.

Die Reformdebatte mit dem Anspruch auf Vollständigkeit darzustellen, ist nicht möglich.

Abschließend bleibt aber der erneute Hinweis auf die dringliche Notwendigkeit, die gesundheitspolitische Diskussion in Partei und Gesellschaft hinein offensiv zu führen.

Die Menschen, denen wir verpflichtet sind, erwarten zu Recht unseren Einsatz für ein solidarisches und im ganzheitlichen Sinne zukunftsicheres Gesundheitssystem.

Dies wird mit der jetzt auf den Weg gebrachten Gesundheitsreform nicht erreicht.

In diesem Monat

Kreismitgliederversammlung	4
Monatszahlenspiegel	5
Themenschwerpunkt KMV	6
Antrag	7
Stolpersteine gegen das Vergessen	8
Aus den Distrikten	9
Aus den Arbeitsgemeinschaften	12
Geburtstage	16
Rückblick	18
Aus Berlin	20
Aus dem Stadtrat	21

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten Kreismitgliederversammlung
am

**Donnerstag, den 21. September
2006, 20.00 Uhr,
Turnerbund, Spardorfer Str. 79**

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

- 1. Aktuelles**
- 2. Bildung für Alle!**
Chancengleichheit in der Einwanderungsgesellschaft
- 3. Anträge**
- 4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften**
- 5. Verschiedenes**

Robert Thaler

Ursula Lanig

Dieter Rosner

MonatsZahlenspiegel

des Wirtschaftspolitischen Arbeitskreises

Daten und Fakten zur geplanten Unternehmenssteuerreform

Zu hohe Unternehmenssteuern in Deutschland?

- .. **Nominelle Gewinnbelastung** der Kapitalgesellschaften in Deutschland relativ hoch (2005): 38,7% (vgl. aber: Japan 40,9 %, USA 39,9 %, Italien 37,3 %, Spanien 35 %, Frankreich 34,9 %)
- .. **Steuerliche Belastung aller Kapitaleinkommen 2003**: EU-15-Durchschnitt 29,9 %, Deutschland 21,6 %, Frankreich 37,0 %, Dänemark 35,0 %, Belgien 33,7 % und Großbritannien 33,7%. In der EU-15 hat sich zwischen 1995 und 2003 diese Belastung um 5,6 %-Punkte erhöht, in Deutschland um 0,7 %-Punkte gesenkt.
- .. **Alle „Steuern auf Einkommen und Profit“ (allgemein) in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP)** (OECD 2003): Deutschland 9,7 %, OECD-Staaten (durchschnittlich) 12,6 %, EU-15 (durchschnittlich) 13,7 %, Schweden 18,3 %, Dänemark 29,0 % Neuseeland 20,8 %, Finnland 17,3 %, Belgien 17,7 %, Österreich 12,8 %.
- .. **Einnahmen nur aus Körperschaftssteuern in % BIP** 1999: Deutschland 1,8 %, USA 2,4 %, EU-15 3,5 %, OECD-Staaten 3,3 %. **Gewinnsteueranteil in % BIP** 2003: Deutschland 1,3 %, EU-Durchschnitt 3,2 %

Tatsächlich gezahlte Steuern der Kapitalgesellschaften aus Gewinnen – Auswirkungen der Steuerreformen seit 1999 (nach Jarass/Obermayr 2006)

(Unterschiede zwischen den nominellen und den tatsächlich gezahlten Steuern durch zahlreiche Steuervergünstigungen, die sich in der steuerlichen Bemessungsgrundlage und in Sonderregelungen niederschlagen)

- .. **Tatsächlich bezahlter Ertragssteuersatz auf Einkommen von Kapitalgesellschaften**: Abnahme um ein Viertel: von 20% 2000 auf 15% 2005, **auf sonst. Unternehmens- u. Vermögenseinkommen**: Abnahme um zwei Fünftel : von 27% (2000) auf 17% (2005)
- .. **Bezahlte Steuern aus Unternehmens- und Vermögenseinkommen**: Abnahme um 9%: von 118 Mrd € (2000) auf 108 Mrd € (2005)
- .. **Ausschüttungen und Dividenden zu Ertragssteueraufkommen der Kapitalgesellschaften**: 1999 2:1 (86 Mrd € zu 43 Mrd €), 2004 4:1 (140 Mrd € zu 35 Mrd €).

„Die Ausfälle bei der Körperschaftsteuer beliefen sich in den Jahren 2001 und 2002 somit jeweils auf rund 1 % des Bruttoinlandsprodukts“ (Peter Bofinger 2004).

Geplante Unternehmensteuerreform - ein neues Geschenk an die Unternehmen

Der relative Anteil der Steuern aus Gewinnen und Vermögen am BIP wird noch weiter zurückgehen.

„Bei der Unternehmensteuerreform entlastet die Koalition die Unternehmen, die zum großen Teil prächtige Gewinne erzielen, um weitere fünf Milliarden Euro. Dieses Geld wird in den öffentlichen Haushalten fehlen für Investitionen. Insofern leistet diese Reform keinen Beitrag zu mehr Wachstum und Beschäftigung“ (Annelie Buntenbach, DGB, Interview in „Berliner Zeitung“ vom 8.7.2006)

(Quelle: K. Mai „Zur weiteren Senkung der Körperschaftsteuer“, NachDenkSeiten 11.7.2006)

»Die Sprache ist alles«

Auch ältere Einwandererkinder müssen weiter gefördert werden.

Ein Zeit - Gespräch mit dem Hamburger Erziehungswissenschaftler Wilfried Bos

1 DIE ZEIT: In der ersten Pisa-Runde haben Einwandererkinder in Deutschland besonders schlecht abgeschnitten. Was für Konsequenzen wurden daraus gezogen?

Wilfried Bos: Viele Bundesländer erfassen inzwischen relativ früh den Sprachstand der Kinder. Darauf aufbauend, wollen sie frühe Fördermaßnahmen ergreifen. Viele Konzepte sind allerdings noch unausgegoren. Eines ist sicher: Mit einem Jahres- oder einem Halbjahreskurs wird es nicht getan sein. Die Förderung muss durch die gesamte Grundschulzeit und – das ist das Wesentliche – auch in den Jahren danach weitergehen. Wir haben es mit 30 Jahren verfehlter Einwanderungspolitik zu tun, dafür zahlen wir jetzt den Preis.

2 ZEIT: Ist alles nur eine Frage der Sprache? Schließlich haben die Einwandererkinder auch in Mathematik schlechter abgeschnitten.

Bos: Auch das hängt mit dem sprachlichen Verständnis zusammen. Die Schüler verstehen zum Beispiel die komplizierte Textaufgabe in Mathematik nicht. Oder den Sachtext im Biologiebuch; und wenn sie den nicht erfassen können, schreiben sie auch die nächste Biologiearbeit schlecht. Es gibt hier ein grundsätzliches Problem: Alle wollen jetzt Sprachförderung, aber dafür brauchen wir das Personal. Das können nicht Studenten oder Rentner übernehmen.

3 Frage: Worin sehen Sie die Gründe für den Mangel an qualifizierten Kräften?

Bos: Für Deutsch als Fremdsprache sind viel zu wenige Leute ausgebildet. Und im Prinzip darf man auch nicht nur Lehrer schulen, die Deutsch unterrichten. Eigentlich muss jeder Lehrer an Grund- und weiterführenden Schulen Sprachförderung beherrschen. Das ist eine fachübergreifende Angelegenheit.

4 ZEIT: Das wird eine Menge Geld kosten.

Bos: Mag sein, aber wenn man das nicht macht, dann haben wir hinterher die Rechnung im Justiz- und Sozialministerium. Dann kommt uns das doppelt und dreifach so teuer. Einmal davon abgesehen, dass wir Zigtausende junge Menschen in ihren Entwicklungsmöglichkeiten beschneiden.

Schlechte Statistiken für Einwandererkinder

In Deutschland straucheln die meisten Einwandererkinder nicht erst vor den Toren der Universität, sondern schon in der Schule: Knapp 20 Prozent der ausländischen Schulabgänger in Deutschland haben laut Statistischem Bundesamt gar keinen Abschluss, gut 40 Prozent schaffen gerade mal die Hauptschule. Das Abitur erlangen nur 10 Prozent - unter den deutschen Schulabgängern hat dagegen jeder vierte die allgemeine Hochschulreife in der Tasche.

5 ZEIT: Manche Politiker ziehen eine andere Konsequenz. Sie wollen die Einwanderer aus dem deutschen Pisa-Ergebnis herausrechnen, um zu zeigen, dass wir gar nicht so schlecht liegen. Ist das legitim?

Bos: Das ist absurd. Das wäre so, als würden wir die Mädchen nicht mehr zur Schule schicken, damit wir im nächsten Mathematiktest international besser abschneiden. Wir haben Mädchen und Jungen, wir haben Kinder mit Migrationshintergrund und ohne – sie alle gehören zu unserem Schulsystem.

6 ZEIT: Andere Politiker klagen, wir hätten die falschen Einwanderer. Die

Kanadier hätten mit den Asiaten weniger Probleme.

Bos: Wenn wir nur immer persische Chefärzte geholt hätten, hätten wir kein Problem. Aber es ist nun einmal so, dass wir in den sechziger und siebziger Jahren hauptsächlich Arbeiter gebraucht haben. Ans Fließband bei Audi hätten wir die asiatischen Ingenieure kaum stellen können.

7 Frage: Haben sich die Verantwortlichen in Deutschland die Folgen der Einwanderung nicht klar gemacht?

Bos: Man ist von der unsinnigen Vorstellung ausgegangen: Wir holen uns jetzt für fünf Jahre Arbeiter aus der Türkei, und dann fahren sie mit einem Koffer voll Geld wieder nach Hause. Und für ihre Integration müssen wir nichts anderes tun, als ein Etagenbett hinzustellen und in der Küche Bescheid zu sagen, dass sie kein Schweinefleisch kochen sollen. Dass das nicht funktionieren konnte, hätte man schon merken können, als die Familien nachkamen.

8 ZEIT: Was muss als Nächstes passieren?

Bos: Schweden hat ganz konsequent von Anfang an dafür gesorgt, dass die Kinder Schwedisch lernen und gleichzeitig auch einen großen Anteil muttersprachlichen Unterrichts erhalten. Studien zeigen: Wenn man die deutsche Sprache bei Migranten fördern will, dann muss man auch deren Muttersprache fördern.

9 Frage: Gefährdet es nicht den Erwerb der neuen Sprache, wenn die Kinder gleichzeitig auch in ihrer Muttersprache unterrichtet werden?

Bos: Das muss man sich vorstellen wie zwei Schienen. Wenn erstmal eine Schiene richtig liegt, dann kann ich das nächste leicht daneben bauen. Wenn aber das Erste falsch verläuft, kriege ich auch Schwierigkeiten mit dem Zweiten. Wir müssen schon für die Kindergärten vernünftige Konzep-

te erarbeiten, anstatt die Kinder dort nur zu betreuen. Sprachförderung muss rein ins Ausbildungsprogramm jeder Kindergärtnerin.

10 ZEIT: Wie viel Mithilfe kann man von den Eltern erwarten? Wie kann der Beitrag der Eltern aussehen?

Bos: Was genau sollen die denn machen? Man stelle sich das mal vor: Das Kind kommt nach Hause, der arbeitslose Vater sitzt vorm Fernsehprogramm aus seinem Heimatland und sagt: Jetzt geh doch mal ein gutes deutsches Buch lesen. Ein großer Teil der Elternschaft ist einfach nicht in der Lage, viel zu ändern. Doch das kann keine Ausrede dafür sein, in der Bildungspolitik nichts zu tun.

11 Frage: Viele Politiker sprechen aber in diesem Zusammenhang stets zuerst von der Verantwortung der Eltern.

Bos: Wer die Eltern zur Mithilfe heranziehen will, muss zuerst ihnen selbst helfen. Auch die Mütter müssen Deutsch lernen. Denn wenn sie kein Wort Deutsch sprechen, sind die Bedingungen für eine gute Kommunikation zwischen Elternhaus und Schule von Anfang an nicht gegeben.

Interview: Jan-Martin Wiarda DIE ZEIT 04.01.2005 Nr.2

Wilfried Bos ist Leiter der Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung Iglu. Zuvor hatte er unter anderem die Oberstufen-Projektleitung der Dritten Internationalen Mathe- und Naturwissenschaftsstudie Timss/III. Bos lehrt international und interkulturell vergleichende Erziehungswissenschaft an der Uni Hamburg

NEUE PISA-SCHELTE

Ausländerkinder drei Schuljahre zurück

Untersucht wurden Neuntklässler vor allem auf ihre Lesefähigkeit und Mathematikkenntnisse. Über 25 Prozent der Kinder der ersten Generation, die im Ausland geboren und mit ihren Eltern nach Deutschland eingewandert sind, erreichen demnach nicht die Kompetenzstufe Zwei der sechsstufigen Pisa-Skala. Im Vergleich mit den anderen 16 untersuchten OECD-Staaten rangiert Deutschland damit im letzten Drittel.

Zum Thema

„Leitlinien zur Integration“: Seite 15

Antrag an die Kreismitgliederversammlung des KV Erlangen

Augenmaß bei der Terrorabwehr bewahren

Die Erlanger SPD ist betroffen über die – glücklicherweise gescheiterten bzw. vereitelten – Terroranschläge auf Bahnen in Deutschland und Flugzeuge in England. Wir verstehen das Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach Sicherheit vor solch menschenverachtenden Taten. Wir unterstützen daher sinnvolle und verhältnismäßige Maßnahmen, die der effektiven Abwehr der Gefahren dienen.

Leider wird die von Verbrechen erzeugte Angst der Bevölkerung von einigen in der Politik als Einladung zum Populismus verstanden. Vor allem aus Unionskreisen werden Maßnahmen gefordert, die in keinem Zusammenhang zur Bedrohung stehen und im Verhältnis zu ihrem – wenn überhaupt geringen – Zugewinn an Sicherheit unverhältnismäßig tief in die Freiheit und Privatsphäre der Bürger eingreifen. Diesem ist die SPD bisher mit der gebotenen Sachlichkeit, aber auch mit Unnachgiebigkeit entgegengetreten. Die Erlanger SPD stellt sich hinter Partei und Fraktion und fordert diese auf, nicht zuzulassen, dass die ohnehin nervöse Stimmung von den

Populisten nicht weiter aufgeheizt und missbraucht wird.

Konkret wenden wir uns gegen:

- jedweden Einsatz der Bundeswehr nach Innen. Kampfpanzer zur Sicherung von Bahnsteigen und Fußballstadien machen keinen Sinn. Die strikte Trennung von Polizei und Militär dagegen macht vor dem Hintergrund der deutschen geschichtlichen Erfahrung in Ost und West sehr viel Sinn und muss aufrecht erhalten bleiben. Allgemein drängt sich der Verdacht auf, dass mit Hilfe der Bundeswehr Sparmaßnahmen der Länder bezüglich der personellen Ausstattung der Polizei aufgefangen werden sollen. Soldaten sind aber nicht als Hilfspolizisten ausgebildet und könnten daher z.B. in Konfliktsituationen unangemessen reagieren.
- die totale Verkehrsüberwachung durch Freigabe der Mautdaten an Polizei und Geheimdienste. Im Bereich der Terrorismusabwehr geht es nicht um Zufallstäter wie z.B. bei der Fahndung nach einem LKW-Fahrer wegen Mordes an einer

Autobahnraststätte und Autobahn-raser, sondern um entschlossene Intensivtäter, die klassisch konspirativ vorgehen. Diese Maßnahme wird ihnen daher nicht beikommen. Vor allem aber dürfen nicht alle Bürger einem Generalverdacht unterworfen werden. Das Recht, sich frei von staatlicher Aufsicht und Registrierung zu bewegen hat einen Eigenwert, den wir respektieren und erhalten wollen.

- Sicherheitsschleusen an Pendlerbahnhöfen. Anders als das Flugzeug ist die Bahn Massenverkehrsmittel. Sie kann ihren Zweck nur erfüllen, wenn das Zusteigen relativ zügig funktioniert.

Die Erlanger SPD bekennt sich zu den Werten Sicherheit und Freiheit gleichermaßen. Eine Sicherheit, die die Freiheit erstickt, kann nicht Ziel unserer Politik sein. Die Erlanger SPD bekennt sich daher zu Augenmaß und Vernunft.

Bene Berninger, Dirk Goldenstein, Jochen Kraft, Ursula Lanig, Heidrun Meier

Stolpersteine gegen das Vergessen

Im Anschluss an eine, von großer Ernsthaftigkeit und Betroffenheit geprägte, Veranstaltung zum Holocaust-Gedenktag stellte die Stadtratsfraktion der SPD im Februar 2004 den Antrag, mit der Verlegung der „Stolpersteine gegen das Vergessen“ auch in Erlangen dieses „Denkmal von unten“ zu verwirklichen.

Die „Stolpersteine“ des Künstlers Gunter Demnig werden in den Gehsteig vor den Häusern der Erlanger Juden eingelassen, in denen sie vor ihrer Deportation und Ermordung lebten. Jeder Stolperstein steht also für ein einzelnes menschliches Schicksal – man stolpert darüber nicht wirklich sondern in übertragendem Sinne

Mittlerweile wurden über 8000 dieser Stolpersteine in Deutschland verlegt und täglich werden es mehr. Überall ruft dieses Mahnmal aus vielen einzelnen Steinen Erinnerung und Diskussion hervor – auch in Erlangen, und bis zum einstimmigen

Beschluss des Stadtrates verging immerhin ein Jahr. Zu großem Dank sind wir dabei Ilse Sponsel verpflichtet, die sich in ihrer sehr korrekten und engagierten Art mit dem Problem „Stolpersteine“ auseinander gesetzt und Vorlage über Vorlage erarbeitet hat.

Es ging und geht uns mit unserem Antrag darum, eine Form des Gedenkens zu finden, die die Menschen in unserer Stadt zum „Stolpern“ und damit zum Nachdenken bewegen soll –

Die 51jährige Erlangerin **Hildegard Gröger** ist mit 88% der Stimmen erneut zur stellvertretenden Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) in Bayern gewählt worden.

Ebenfalls in den Landesvorstand der AsF wurde als Beisitzerin die Erlanger SPD-Stadträtin **Birgit Hartwig** gewählt.

zum Nachdenken darüber, was mit den ehemaligen jüdischen Mitbürgern in Erlangen geschehen ist. Warum statt ihrer Nachkommen, die mit ihnen deportiert und umgebracht wurden, Steine an sie erinnern müssen.

Als am 27. Januar in der Gedenkveranstaltung für die Opfer des Holocaust in der Hugenottenkirche Schüler ihre Eindrücke vom Konzentrationslager Auschwitz darstellten, wurde wieder klar, dass bei jungen Menschen große Bereitschaft besteht, sich mit der Geschichte und der Verantwortung für die Zukunft auseinander zu setzen. Es wurde auch deutlich, dass es auch eines Anlasses des Erinnerns bedarf und ich meine, ein dauernder, täglich sichtbarer und dazu herausfordernder Anlass könnte diese, für uns Deutsche notwendige, Erinnerung stetiger werden lassen. „Wir stolpern über Steine, die sprechen wollen“ sagte Pfarrer Mann in Anlehnung an den Bibeltext, dass Steine sprechen müssten, wenn Menschen dies nicht mehr könnten.

Gerade dass die Stolpersteine dort verlegt werden sollen, wo die Opfer einst als Bürger dieser Stadt lebten, holt die Erinnerung an sie selbst, an ihren Ort zurück. Die Steine geben ihnen wieder ihren Namen, sie erzählen mit Ort und Jahreszahl, was aus ehemaligen Mitbürgern geworden ist und geben ihnen symbolisch die Stelle im heutigen Leben, die ihnen so grausam genommen wurde. Und: dieser Art des Anstoßes zur Erinnerung kann nicht ausgewichen werden.

Gedenktafeln an Häusern schaffen eine andere Art von Erinnerung: Man muss sie nicht beachten und – gerade in der Innenstadt – müssten sie mit banaler Werbung konkurrieren. Ein Stein auf dem jüdischen Friedhof ehrt die Toten und erinnert die Lebenden, aber eben nur diejenigen, die sich dem Gedenken ohnehin aussetzen. Gerade Jugendliche – und die sind verantwortlich für die Weitergabe an die Zu-

kunft – können Stolpersteine zum Nachdenken bringen, vor allem dann, wenn sie darauf auch in anderen Städten stoßen und damit die vollkommene Ausweglosigkeit und Schutzlosigkeit der Juden und anderer Verfolgter in der Zeit des Nationalsozialismus in ganz Deutschland erfahren können.

Die Stolpersteine sind so in ihrer „Unvergänglichkeit“ (Stein und Messing) und ihrer „Unentrinnbarkeit“ in den Gehwegen ein dauerndes, deutschlandweites Mahnmal, das die Opfer nicht mehr unbekannte, namenlose Fremde sein lässt, sondern Menschen, die mit den eigenen Eltern oder Großeltern Haus an Haus wohnten.

Die Stolpersteine und ihre Verlegung in Erlangen werden durch Spenden finanziert, Schülerinnen und Schüler, junge Menschen aus gesellschaftlichen und kirchlichen Organisation erarbeiten als Paten die Lebensläufe der Opfer, soweit diese noch nachvollziehbar sind.

Neben Einzelpersonen aus der SPD hat auch unsere Partei durch KV-Beschluss drei Steine gespendet. Wir gehen davon aus, dass Kenntnis von und Erinnerung an die Geschichte der Juden und der Deutschen hellhörig und sensibel macht gegen faschistische und menschenverachtende Tendenzen in Deutschland und andernorts.

Folgende Veranstaltungen im Umkreis der Verlegung sind bisher geplant:

30.01.07 um 19.30 Uhr: Gunter Demnig stellt in einem Diavortrag das Stolperstein-Projekt vor.

12.04.07: die ersten Stolpersteine werden von Gunter Demnig verlegt.

26.04.07: die Stolpersteine für Familie Rotenstein werden in Anwesenheit von Hinterbliebenen eingeweiht.

Ursula Lanig



Vorsitzender:

Christofer Zwanzig Tel.: 4003764

eMail: Christofer.Zwanzig@spd-online.de

Anger

Liebe GenossInnen,
wir laden Euch herzlich zu unserer
nächsten Sitzung

**am Mittwoch, den 20.
September 2006
um 20.00 Uhr
im Bürgertreff die Villa
(Äußere Brucker Stra. 49).**

Gemeinsam mit unserem Landtagsab-
geordneten Wolfgang Vogel laden wir

die ausländischen Vereine in unserem
Stadtteil zu einem Gespräch zum The-
ma „Situation ausländischer Mitbürge-
rInnen am Anger“ ein.

Wir freuen uns auf Euer zahlreiches
Erscheinen.

Mit solidarischen Grüßen für den Vor-
stand

Christofer Zwanzig
due

Sandra Ra-



Vorsitzender:

Manfred Jelden Tel: 601333

Eltersdorf

Liebe Genossinnen und Genossen,
Unser nächstes Distrikttreffen ist am
**Dienstag, den 19. Septem-
ber
um 20 Uhr
im Schützenhaus Elters-
dorf**

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand

Manfred Jelden



Vorsitzender:

Thomas Hain

Frauenaurach

Einladung zur Mitgliederversammlung
des Distriktes Frauenaurach

Da am

**Dienstag, den 12. Septem-
ber 2006 um 19.00 Uhr**

die gemeinsame **Ortsbeiratssitzung**
Frauenaurach, Kriegenbrunn, Hütten-
dorf stattfindet, entfällt die September-
Mitgliederversammlung. Wer möchte
kann die öffentliche Ortsbeiratssitzung
im Sitzungszimmer des Ortsbeirates
(Gemeindezentrum, Gaisbühlstr. 4) be-
suchen. Es wird die Skaterbahn erör-
tert.

Terminvorschau:

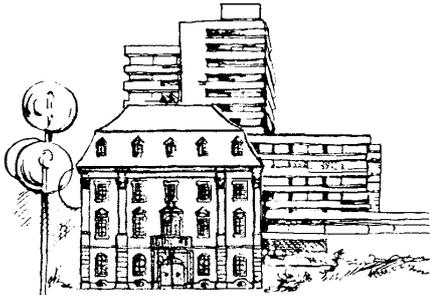
8.12. Weihnachtsfeier

Für den Vorstand

Gabi Dorn-Dohmstreich

**Die nächsten Distrikt-
versammlung findet statt
am 31.10.06**





Vorsitzende:

Barbara Pfister Tel. 502481
e-Mail: barbara.pfister@fen-net.de

Innenstadt

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden euch herzlich ein zur näch-
sten Sitzung des Distrikts Innenstadt

**am Dienstag, den 12. Sep-
tember 2006
um 20.00 Uhr
in die Gaststätte Kulisse,
Theaterstraße 8.**

Als Themenschwerpunkt des Abendes
wollen wir die aktuelle politische Ent-
wicklung im Nahen Osten diskutieren.
Dieter Rosner wird dazu einleitend kurz
referieren.

Wir würden uns über eine rege Teil-
nahme sehr freuen.

Für den Vorstand

Barbara Pfister



Ost

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer
Distriktversammlung

**am Donnerstag, den
07.09.2006 , 20.00 Uhr
in der Waldschänke
Lange Zeile 104**

Vorsitzender:

Jochen Kraft Tel.: 507531
e-mail: Kraft.Jochen@gmx.de
stellvertretende Vorsitzende:
Monika Wendler Tel.: 401737
e-mail: moni.wendler@gmx.de

Jochen Kraft

Den Bericht zum 80. Geburtstag un-
seres Genossen Hahn findet ihr auf
Seite 18.

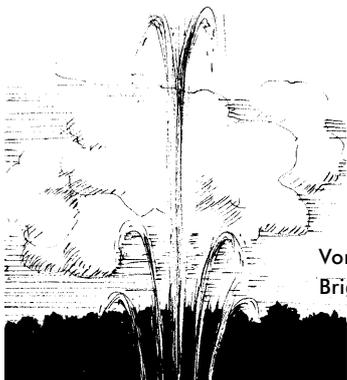
Süd

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich zu unserer
nächsten Distriktsversammlung nach
der Sommerpause

**am Mittwoch, 20. September
2006 um 20.00 Uhr im Bier-
garten am Röthelheim
ein.**

Dabei wollen wir über aktuelle kom-
munalpolitische Themen sprechen.

Wir freuen uns über Euer Kommen,
viele Grüße , der Vorstand



Vorsitzende:
Brigitte Rohr

Tennenlohe



Vorsitzender:

Rolf Schowalter Tel.: 601924

e-mail: RolfSchowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten Distriktversammlung

**am Dienstag, 12.09.06,
Schlossgaststätte,
20.00 Uhr**

Tagesordnung:

1. **Aktuelles**
2. **Berichte, Nachlese Kerwa, Resonanz TB**
3. **Thema: wird erst noch festgelegt**
4. **Verschiedenes**

Herzliche Einladung an alle Genossinnen und Genossen, sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten zum Gansessen

Sonntag, 12.11., 12.00 h
Schlossgaststätte,
Schlossgasse 7 bei Fritz Klein,

Für den Vorstand
Rolf Schowalter,

Protokoll der Distriktversammlungen vom 20.6.06

1. San Carlos

Jose Luis Ortega-Lleras hat in einem sehr eindrucksvollen Vortrag über die Reise einer Erlanger Delegation von 25.2. bis 2.3.06 nach San Carlos berichtet. Diese Partnerstadt Erlangens (seit 1990) liegt im Süden von Nicaragua, einem der ärmsten Länder der Welt. Vor allem die Situation der Frauen, die in jungen Jahren oft schon vielfache Mütter sind, die nach unseren Maßstäben unvorstellbaren hygienischen Verhältnisse in den beiden Krankenhäusern, der Zustand der Verkehrswege, aber auch die Schönheit der oft noch intakten Natur und die Kunstfertigkeit der Bewohner von San Carlos waren sehr beeindruckend. Jose Luis konnte uns überzeugen, dass von der Erlanger AGENDA21 betriebene Spendenaktion „1 Euro für San Carlos“ eine gute Sache ist, vor allem auch, weil die engagierte Bürgermeisterin und Ärztin Dr. Marisol de Los Angeles McRea Quiroz von der Partei der Sandinisten mit einfachen Mitteln Projekte vorantreibt, die der Bevölkerung direkt zugute kommen (Krankenhaus, Straßen, Wasser). Der Distrikt Tennenlohe hat sich vorgenommen, darüber auch im nächsten Tennenloher Boten zu berichten und für die Spendenaktion zu werben.

2. Ortsbeirat

Es werden verschiedenen Themen für die nächste Ortsbeiratssitzung besprochen. Anträge zu folgenden Themen sind geplant:

- Aktuelle Situation am Sportplatz,
- Ersatzanlage eines Bolzplatz
- Stand der geplanten Urnenwand stellen.

3. Sonstiges

Rolf verliert einen Brief des CSU-Ortsvorstizenden Prof. Grille an ihn.

Die geplante Ortsbegehung war zu kurzfristig angesetzt und musste ausfallen

- Der Heimatverein Tennenlohe plant den Platz vor der evangelischen Kirche zu verschönern.

Die SPD unterstützt das Vorhaben.

- Im Getränkemarkt am Wetterkreuz wird ab 3.Juli wieder eine Postagentur eingerichtet.

- Wegen mangelndem Interesse wird voraussichtlich kein Spielplatzfest stattfinden.

- Die im Mai abgesagte Bürgerversammlung soll nach der Sommerpause vorbereitet und im Spätherbst des Jahres durchgeführt werden.

Protokoll der Distriktversammlungen vom 11.7.06

1. Aus dem Ortsbeirat

Die Stadt plant Renaturalisierung des Hutgrabens und Erneuerung des Branderweges mit Brücke

Urnenwand ist für 2007 vorgesehen

Wegen des hässlichen Anblicks der Gebrauchtwagenhandels an der Sebastianstraße wird Hans nachfragen, ob dagegen vorgegangen werden kann.

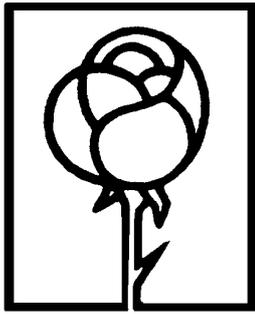
2. Sonstiges

- Zur Eröffnung der 10. Fiesta de Arte bemühen sich Rolf und Hans um einen prominenten SPD-Vertreter.

- Am 5.8. wird mit freiwilligen Helfern der Weiher gesäubert.

- Themen für den nächsten Boten wurden vereinbart.

C. Schnapper



ASF

Die AsF-Sitzung im September findet statt am

Mittwoch, den 13. September, 20.00 Uhr im Zentrum selbstbestimmtes Leben Behinderter, Luitpoldstraße 42

Thema:

"Behinderte Frauen in Erlangen"

Liebe Frauen,

hier kurz die Terminvorschau unserer nächsten Termine:

13. Sep. 06 (siehe gesonderte Einladung)

15. Sep. 06, 17:00 Uhr Stadtrundgang Röthelheim, Treffpunkt Allee am Röthelheimpark / Martin-Luther-King-Weg

11. Okt.06 Expertinnengespräch (3. Welt-Laden, Neustädter Kirchenplatz)

8. Nov. 06 Expertinnengespräch (3. Welt-Laden, Neustädter Kirchenplatz)

6. Dez 06 Mitgliederversammlung

22. Dez 06 AsF Weihnachten

Für den Vorstand

Gabi Dorn-Dohmstreich

Vorsitzende:

Gabi Dorn-Dohmstreich Tel.: 992114

Birgit Hartwig Tel.: 55939

Hildegard Gröger Tel.: 502415

Julie Mildenerberger Tel.: 23435



Vorsitzende:

Brigitte Mugele Tel.: 22397

Liebe Genossen und Genossinnen,

unser nächstes Treffen wird erst im September stattfinden und zwar am

13.9.06 um 17 Uhr im August-Bebel-Haus

Thema: Vorbereitung unserer großen Veranstaltung am 4.10.06 zu Patientenverfügung, Testament usw. in Dreycedern.

Näheres hierzu könnt Ihr aus dem Beitrag von Alois entnehmen!

Wichtig ist es, dass Ihr am 13. möglichst zahlreich erscheint, damit wir alles gut vorbereiten können und eine größere Öffentlichkeit erreichen.

Bis dahin

Eure Brigitte

Arbeitsgruppe zur Diskussion eines neuen Grundsatzprogramms

Mittwoch, 20 September, 18.00 Uhr August-Bebel-Haus

Bei unserer letzten Sitzung im Juli haben wir in Anknüpfung an die bisher erfolgte Debatte nochmals die wichtigsten Eckpunkte für ein neues

Grundsatzprogramm u.a. aus den Bereichen Arbeit und Wirtschaft diskutiert.

Im September wollen wir uns zum einen mit den Leitsätzen des Parteivorstandes und insbes. mit einer aus Schleswig-Holstein vorliegenden kritischen Bewertung derselben auseinandersetzen. Zum anderen werden wir

das Kapitel „Frieden in gemeinsamer Sicherheit“ aus dem Berliner Programm und die eventuell notwendigen Aktualisierungen diskutieren.

Für die AG

Dieter Rosner

Linkes Forum Erlangen

Liebe GenossInnen,

auf unserem nächsten Forum wollen wir die Diskussion des letzten Treffens

"10-Punkte gegen den Neoliberalismus" fortsetzen. Des Weiteren laden wir Euch ein die aktuelle innen- und außenpolitische Lage zu diskutieren.

Freitag, 15. September 20 Uhr, Gaststätte Mohrenkopf (Nebenzimmer)

mit sozialistischen Grüßen

Hildegard Gröger

Florian Janik

Arbeitskreis Kommunalpolitik

**Montag 11. September,
20 Uhr im August-Bebel-
Haus**

Themen:

- *SPD im Dialog*
- *Kommunalwahlprogramm*

mit solidarischen Grüßen

Florian Janik

Referent für Kommunalpolitik

Monika Wendler

Referentin für Schulung und Arbeits-
kreise

SPD-Erlanger Mitte lädt ein zum Gespräch.

Am Mittwoch, den

13. September 2006, 20.00 Uhr,

im Nebenzimmer des

Brandenburger Adler in der Essenbacher Str. 13

Ursula Lanig

Jochen Kraft

Kreisvorstandssit- zungen:

Donnerstag, 14. September 2006
20:00 Uhr Biergarten am Röthel-
heim

Donnerstag, 12. Oktober 2006
20:00 Uhr Biergarten am Röthel-
heim

*„Ich habe ein kostenloses Girokonto,
aber wo ist ein Geldautomat?“*

Wechseln Sie:

 **direktgiro – Null-Kosten***

plus Geldautomat ganz in Ihrer Nähe.

 **Sparkasse
Erlangen**

* bei einem durchschnittlichen Guthaben ab 1.000 € im Quartal. Sie erledigen Ihre Bankgeschäfte ausschließlich beleglos über direktbanking und/oder SB-Terminal. Gut für Sie: kostenloser Kontowechsel. Mehr bei unseren Beratern oder unter www.sparkasse-erlangen.de

25 Jahre Dritte Welt Laden in Erlangen

Zeltfest am Neustädter Kirchenplatz

28. September bis 01. Oktober 2006

Am letzten Septemberwochenende wird es in unserem Festzelt auf dem Neustädter Kirchenplatz bunt hergehen. Mit einer rhythmisch-jungen Band, bei der einem nicht nur ums Herz warm wird, einem Theaterstück, bei dem Sie es nur mit guten Lachmuskeln aushalten, wollen wir ein schönes Fest gemeinsam mit Ihnen feiern. Es erwarten Sie außerdem eine bildhaft-sagenhafte Ausstellung mit dem Titel „Farbe bekennen“, eine ernsthaft-grundsätzliche Diskussion auf dem Podium, ein Trödelmarkt und... kommen Sie vorbei und sehen Sie selbst!

Donnerstag, 28. September, 19.30 Uhr

Podiumsdiskussion:

„Böser Kapitalismus – guter Kapitalismus !?“

mit:

Josef Hierlmeier

Ingo Stütze

Moderation: Ralf Kohlschreiber

Sind Kapitalisten ‚Heuschrecken‘ bzw. gibt es das ‚gute‘, produktive Kapital und das ‚schlechte‘, spekulative? Ist das Kapital nur böse, wenn es Arbeitsplätze in Deutschland vernichtet? Oder gibt es doch einen Weg für Arbeitsplätze in Deutschland zu kämpfen und gleichzeitig dafür, dass überall auf der Welt menschenwürdige Lebensbedingungen geschaffen werden?

Josef Hierlmeier, geb. 1959, Veröffentlichungen zu den Themen ‚Weltwirtschaft‘ und ‚Internationalismus‘, Autor des Buches Internationalismus – Eine Einführung in die Ideengeschichte des Internationalismus von Vietnam bis Genua (Schmetterling Verlag)

Ingo Stütze, geb. 1976, Veröffentlichungen zu den Themen ‚Staatstheorien‘, ‚Verschuldung‘ und ‚Marxismus‘, Mitherausgeber des Buches ‚Das Kapital neu lesen – Beiträge radikaler Philosophie‘, erscheint voraussichtlich im Herbst 2006 (Verlag Westfälisches Dampfboot)

Freitag, 29. September, 19.30 Uhr

Komische Komödie

„Fairdinand – A Glump kaff i fei net!“

Theater „Ladenhüter“, Regensburg

Eintritt: 8 / 5 EURO

Gezeigt wird die zum Teil haarsträubende Entwicklung des arbeitslos gewordenen Vertreters Ferdinand. Der hat mit „gerechten Preisen“ zunächst nicht viel am Hut. Dann aber bekommt er die Chance „Fair-Treter“ im fairen Handel zu werden. Aber: Engagiert er sich für die „gerechte Sache“ **nur wegen einer schönen Frau?**

Eine Komödie für alle theaterbegeisterten Leute! Statt im Wirtshaus, spielt „FAIRDINAND“ halt einfach im „Dritte-Welt-Laden“. Das tut der Romanze keinen Abbruch! – Oder doch?

Samstag, 30. September, 10 - 15 Uhr

Trödelmarkt

zugunsten unserer Partnerstadt San Carlos

buntes Rahmenprogramm, Aktionen für Kinder, Informationsstände entwicklungspolitischer Gruppen, Essen und Trinken

Feiern Sie mit uns das 25-jährige Jubiläum des Ladens, wir würden uns sehr freuen!

Samstag, 30. September, 19.30 Uhr

concierto latinoamericano

mit „La Charanguita“

Salsa, Cumbia, Bolero, Rumba,

Eintritt: 8 / 5 EURO

Drei Musiker aus Costa Rica und ein Gast Solo-Gitarrist aus Deutschland harmonieren perfekt. Freuen Sie sich auf bewegende Musik zum Tanzen oder auch nur zum Hören.

Sonntag, 01. Oktober, 10.00 Uhr

Gottesdienst zum Erntedankfest

anschließend: Kirchencafé im Zelt

28. September – 08. November 2006

Ausstellung

„Farbe bekennen. Gegen globale Armut“

Stadtbücherei Erlangen

Ausstellungseröffnung: Donnerstag, 28. September, 17.00 Uhr

Vogt: Integration braucht „faire Chancen“ und „klare Regeln“

Einstimmig hat das SPD-Präsidium die „Leitlinien zur Integrationspolitik“ beschlossen. Dabei gehe es darum, „faire Chancen“ zu eröffnen und gleichzeitig „klare Regeln“ zu formulieren, sagte die stellvertretende SPD-Vorsitzende Ute Vogt.



Im Vorfeld des Integrationsgipfels der Bundesregierung am kommenden Freitag hat die SPD mit den vorgelegten Leitlinien bereits klar Position bezogen für eine aktive Integrationspolitik, durch die Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte korrigiert werden sollen. Die stellvertretende SPD-Vorsitzende Vogt erinnerte in diesem Zusammenhang an das Missverständnis seit den frühen Jahren der Bundesrepublik, die Zugewanderten als „Gastarbeiter“ zu begreifen – aktive Integrationsbemühungen seien weitgehend unterblieben, weil man nicht von einem dauerhaften Zuzug ausgegangen sei.

Zudem, so heißt es in dem Papier, hätte Konservative zu lange geleugnet, „dass Deutschland ein Einwanderungsland ist“. SPD-Generalsekretär Hubertus Heil verwies darauf, dass in Deutschland bereits rund 14 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund lebten. „Einwanderung ist Realität“, unterstrich Heil. Darum stehe die SPD für eine Integrationspolitik, die sich den Problemen stelle.

Konkret heißt das, wechselseitig Rechte und Pflichten festzulegen, faire Chan-

cen zu eröffnen und klare Regeln zu formulieren. Sozialdemokratische Überzeugung ist es dabei, dass Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund sich noch deutlicher und aktiv zu den Grundwerten der Verfassung bekennen sollten. Zur Bekämpfung von „Zwangsverheiratungen“ etwa müsse ein eigener Straftatbestand ins Gesetzbuch eingefügt werden.

Bessere Bildung für Chancengerechtigkeit

Um auf der anderen Seite die Möglichkeiten für gesellschaftliche Teilhabe zu erhöhen, legen die vorgelegten Leitlinien einen deutlichen

Schwerpunkt auf eine bessere Bildung, denn „fehlende Chancen“ seien ein „wesentliches Integrationshindernis“. Um die Quote von Kindern mit Migrationshintergrund, die eine höhere Schulform besuchen, zu erhöhen und die von Jugendlichen ohne Schulabschluss zu drücken, müsse besonderer Wert auf verbesserte Sprachförderung gelegt werden als „oberstes Bildungsziel“ bereits im Kindergarten. Auch für die Eltern gelte es, den Spracherwerb durch ein zu optimierendes und verpflichtendes Kursangebot zu verbessern.

In den Leitlinien spricht sich die SPD zudem dafür aus, die frühe Aufteilung der Kinder auf verschiedenen Schulformen zu überwinden. „Wir wollen daher weiter für ein Schulsystem werben, in dem Kinder länger zusammen und von einander lernen; Schulen, in denen jedes einzelne Kind seinen Fähigkeiten angemessen gefördert werden kann“, heißt es da. Zudem biete eine solche Struktur die Chance, bei den sinkenden Schülerzahlen das gesamte Spektrum denkbarer Bildungsabschlüsse auch künftig flächendeckend anbieten zu können.

Integration brauche außerdem verlässliche Partner und „ein gutes und stabiles Integrationsklima“. Als Querschnittsaufgabe erfordere sie ein Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Akteure. Die SPD setzt daher darauf, mit verlässlichen Integrationspartnern durch ein vertrauensvolles Zusammenwirken ein gesellschaftliches Klima zu erzeugen, das den Willen zur Integration auf allen Seiten befördere. „Ein Klima, das hilft, Vorurteile und Stigmata zu überwinden, das Ängste und Berührungängste abbaut, Sozial- und Alltagskontakte ermöglicht“, heißt es in den vorgelegten Leitlinien.

Mit diesen Grundsätzen, unterstrich Heil, grenze sich die SPD von „multikulturellen Träumereien“ ebenso ab wie von rechtspopulistischen Abwehrhaltungen gegen eine Einwanderungsgesellschaft.

Auszug aus den Leitlinien zur Integrationspolitik

Eine gute Bildung ist die Voraussetzung für gelingende Integration

Die uneingeschränkte Teilnahme am Schulunterricht ist Pflicht. Das beinhaltet selbstverständlich die Beteiligung von Jungen und Mädchen zum Beispiel auch am Sport- und Biologieunterricht.

Wir wollen den weiteren Ausbau von Ganztagsschulprogrammen und dass Kinder länger zusammen und voneinander lernen. Neben der intensiveren Stoffvermittlung besteht hier mehr Raum, auch zur Vermittlung von interkultureller Kompetenz.

Für die Schulkinder mit muslimischem Glauben wollen wir ein angemessenes und ausreichendes Angebot an Islamkundeunterricht unter Aufsicht der Schulaufsichtsbehörden in deutscher Sprache. Dazu setzen wir uns ein für eine vermehrte Ausbildung von entsprechendem Lehrpersonal an deutschen Hochschulen.

Wir gratulieren zum Geburtstag:



Wir möchten allen, die im September ihren Geburtstag feiern, gratulieren und wünschen für das nächste Lebensjahr alles Gute.

Wir gratulieren nachträglich

Geburtstage August:

- 03.08. Fritz Hollaender
84 Jahre
- 04.08. Andreas Hahn
80 Jahre
- 04.08. Wolfgang Zitzmann
60 Jahre
- 07.08. Marga Mittag
75 Jahre
- 07.08. Bärbel Richter
60 Jahre
- 12.08. Helga Blümel
71 Jahre
- 13.08. Günter Rupprecht
65 Jahre
- 21.08. Erhard Königsreuther
79 Jahre

23.08. Robert Erhardt
60 Jahre

30.08. Zafer Titiz
60 Jahre

31.08. Hans Frisch
87 Jahre

Geburtstage September:

01.09. Harald Krebs
65 Jahre

04.09. Martin Strickroth
76 Jahre

14.09. Kurt Steinmüller
72 Jahre

19.09. Hildegard Reinwardt
65 Jahre

20.09. Anneliese Weinicke
87 Jahre

24.09. Karlheinz Eger
73 Jahre

Gisela Niclas

Fraktionsvorsitzende

Erlangen, den 2.8. 2006

Harald Krebs wird 65: Liebe und Chancengleichheit für die Kinder der Welt

Lieber Harald,

jetzt ereilt auch Dich das Datum, an dem nach immer noch vorherrschender Meinung der offizielle Eintritt in das Rentenalter, der sogenannte dritte Lebensabschnitt beginnt, von manchen Zeitgenossen auch scherzhaft „Ruhestand“ genannt. Du wirst 65! Ganz wie wir es von Dir gewöhnt sind, bist Du auch an diesem Geburtstag gar nicht zuhause. Wieder einmal weilt Ihr bei der Familie Deiner Frau im fernen Afrika, das Dir in den letzten 15 Jahren schon so vertraut geworden ist, wie manchem nach Erlangen eingewanderten Preußen nach so vielen Jahren vielleicht die „Fränkische“.

Über die Grenzen der Kontinente hinweg höre ich Deine freundlich grumelnden Gedanken: „So ein Gedöns um diese Zahl. Wer geht denn als normal Sterblicher bei uns mit 65 erst in Rente? Das muss ja ein Exot sein!“ Da hast du natürlich recht. Deswegen haben wir beide in der letzten Zeit auch ziemlich oft mit dem Kopf geschüttelt, als unsere Bundes-SPD die Heraufsetzung des Rentenalters auf 67 ausgerufen hat. Weil wir die Fakten kennen: Viele Ältere werden heutzutage entlassen oder – wie das auch oft so elegant heißt – sozialverträglich vorzeitig abgebaut. Erst vor ein paar Wochen haben wir beide ganz still vor uns hingeschauert, als wir in der



Zweckverbandsversammlung unserer Sparkasse gehört haben, dass das Durchschnittsalter der Belegschaft inzwischen auf knapp unter 40 Jahre gesenkt worden ist.

Auch Du selber musstest vorzeitig Dein Berufsleben beenden, obwohl Du als Schulleiter in der Loschgeschule nicht nur einen „festen Job“ hattest; Du hast Deinen Beruf auch mit großem Engagement ausgeübt. Die Folgen eines schweren Unfalls vor ein paar Jahren haben an Deinen Kräften über die Maßen gezehrt.

Deinen Beruf als Lehrer hast Du mit großer Hingabe an die Kinder ausgeübt. Berufung zum Wegbereiter für Liebe und Chancengleichheit für die Kinder der Welt, dies ist die Überschrift für Deine Arbeit als Pädagoge. Die Kinder der Welt – das waren für Dich nicht nur die kleinen Franken, Preußen und sonstige aus deutschen Landschaften nach Erlangen Eingewanderte, das waren die kleinen Italiener, Griechen, Spanier, Türken, Afrikaner, Chinesen, Koreaner.....Ob in den Jahren in der Pestalozzischule am Anger oder in der Loschgeschule in der Innenstadt, immer ging es Dir nicht nur um den „Stoff“, dessen Vermittlung gerade in Bayerns Schulen ja soooo wichtig ist, es ging Dir vor allem um Chancengleichheit und Integration. Was können Kinder aus so vielen unterschiedlichen Kulturen nicht alles voneinander lernen: Neugierde auf das Anderssein, freundschaftliches

Miteinander, Sprachen, Toleranz. Mit der Bildungspolitik Deines Arbeitgebers, dem bayerischen Kultusministerium, das den Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund und den Kindern aus sozial schwierigen Elternhäusern durch das restriktive dreigliedrige Schulsystem und die damit verbundene Ausgrenzung bis heute die Chancengleichheit so schwer macht, hast Du Dich nie abgefunden.

Deswegen –wie könnte es anders sein – gehörst Du als Alt-68er schon seit Jahrzehnten der SPD an. Seit 1972 spielst Du in der „kommunalpolitischen Liga“, bei den Wahlen konntest Du bisher nicht nur immer Deinen Listenplatz behaupten, sondern durch souveränes Überwinden von Hürden jedes Mal eindrucksvoll verbessern.

Fortschrittliche Schul- und Sportpolitik, Entwicklung der Stadtteiljugend-, Kultur- und Sozialarbeit, lebendige Städtepartnerschaften, das sind die Felder, auf denen Du bis heute engagiert arbeitest.

Eine weitere Leidenschaft war und ist für Dich der Sport. Zum Beispiel Aktiver im Hockey bei der SG Siemens, dann Trainer der Hockey-Abteilung beim TB 88, Präsident, Betreuer der zweiten Mannschaft der HG Erlangen. Nie ging es Dir nur um den sportlichen Erfolg; immer waren Dir auch die Tugenden wichtig, die so ganz „nebenbei“ geübt und gelernt wurden:

Selbstvertrauen, Zusammenhalt, Solidarität, die Fähigkeit, im fairen, friedlichen Wettstreit gewinnen und verlieren zu können.

Im Juni dieses Jahres warst Du als Vertreter der SPD-Fraktion Mitglied mit der offiziellen Stadtdelegation in unserer schwedischen Partnerstadt Eskilstuna. Die schwedischen Freunde haben Dich hochleben lassen, sie haben sich mit großer Freude an Deine schon Jahrzehnte zurückliegende Tätigkeit als Lehrer im „hohen Norden“ erinnert. In Deinen schwedischen Schulstunden, für die Du selbstverständlich die Landessprache gelernt hast, ist es sicher nicht in erster Linie um das Einmaleins gegangen, sondern um das, woran man sich dort noch nach Jahren gern erinnert: Die Freundschaft, die gemeinsame Freude, die Vision vom friedlichen Miteinander über Grenzen hinweg.

Lieber Harald, ein 65. Geburtstag hat auch seine Vorteile: Wir haben einen öffentlichen Anlass zu sagen: Danke, dass es Dich gibt. Alles, alles Gute zum Geburtstag!

Stellvertretend für alle roten Freundinnen und Freunde

Deine

Gisela Niclas

Frauenbranch im Frauenzentrum

Treffen der Generationen

Unter dem Titel „Treffen der Generationen“ luden der AsF Unterbezirk, der AsF Kreisverband und der Juso Unterbezirk am 2. Juli 2006 zu einem Frauenbruch in das Erlanger Frauenzentrum ein. Ziel war es über die bisherigen Erfolge in der Gleichstellungspolitik und die Anforderungen für die Zukunft aus der Sicht von Frauen unterschiedlichen Alters zu diskutieren.

Erfreulicherweise waren tatsächlich Frauen aus allen in der SPD vertretenen Generationen anwesend. Die Jüngste war siebzehn, die Äteste 79 Jahre alt, so dass ein Austausch der unterschiedlichsten Erfahrungen, nicht nur im Rahmen der Parteilarbeit sondern auch durch Ver-

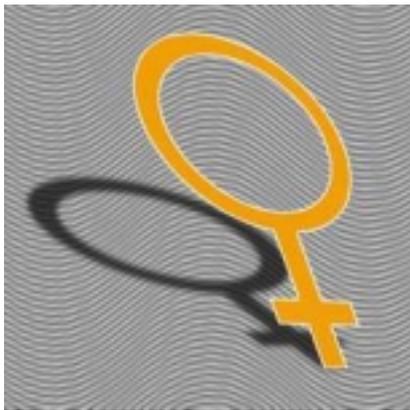


änderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen im Laufe der Jahrzehnte möglich war.

In einer lockeren Gesprächsatmosphäre haben wir zunächst über die einzelnen Motivationen gesprochen, aus denen heraus wir politisch aktiv wurden. Hierbei kamen die unterschiedlichen Reaktionen von männlichen Parteimitgliedern zur Sprache, die je nach Zeitpunkt des Beitrittes von Skepsis bis Ablehnung noch vor einigen Jahrzehnten bis hin zur Erleichterung endlich die Quote im Vorstand erfüllen zu können reichten.

Im Anschluss daran gab Hildegard Gröger einen Abriss der Entwicklung der Rechtslage beim Schwangerschaftsabbruch seit den siebziger Jahren. Es zeigte sich in der folgenden Diskussion, dass dieses Thema für viele der anwesenden Frauen ein wichtiger Teil ihrer politischen Arbeit war. Die Debatten in der Öffentlichkeit wurden damals gerade von Seiten konservativer MÄnner mit Doppelmoral geführt und zeigten auf, dass es für viele nicht selbstverständlich war, Frauen das Recht zuzugestehen, über ihr eigenes Leben zu bestimmen. Dass heute ein Schwangerschaftsabbruch zwar noch rechtswidrig, aber innerhalb der ersten zwölf Wochen straffrei ist, wurde als der Erfolg eines langen und anstrengenden Kampfes der Frauenbewegung gewertet.

Weitere Diskussionsthemen waren die aktuellen Entwicklungen in der Gleichstellungspolitik, Verbesserungen der Situation von Frauen, aber auch die Versuche der Konservativen, Erfolge der Frauenbewegung rückgängig zu machen und Frauen aus dem Arbeitsmarkt zu drängen. Es wurde nicht nur als Problem wahrgenommen, dass Frauen in einem stärkeren Ausmaß als Männer von Sozialabbau und Arbeitslosigkeit betroffen sind, sondern ebenso, dass dies in der öffentlichen Diskussion nahezu keine Rolle spielt.



Zum Abschluss beschäftigten wir uns mit der Debatte um ein neues Grundsatzprogramm der SPD und über die Punkte, die für uns aus Sicht von Frauen unbedingt aufgenommen werden müssen. Wichtig war den Anwesenden,

dass der Satz „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.“ auch im neuen Pro-

gramm wieder vorhanden sein soll. Neben Eckpunkten zur Gleichstellungspolitik lag der Schwerpunkt auf der Situation von Frauen im Arbeitsleben.

Sowohl die Veranstaltungsform als auch die diskutierten Themen fanden großen Anklang bei den anwesenden Frauen, und es wurde vereinbart, ein Treffen dieser Art zu wiederholen.

Monika Wendler



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Mörendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

Herzlichen Glückwunsch! – Andreas Hahn zum 80. Geburtstag.

Am Freitag den 4. August konnten wir das 80. Wiegenfest unseres Genossen Andreas Hahn begehen. Er hatte dazu am Vormittag zu sich nach Hause in seinen Garten eingeladen. In angenehmer Atmosphäre und schönem Wetter konnten wir dort bei zünftiger Stadtwurst, Weißwürsten, Leberkäs' und einem guten Bier zusammen feiern und einem Ständchen lauschen, das ihm von den Kollegen der Gewerkschaft IGM, deren Mitglied Andreas ebenfalls seit Jahrzehnten ist, dargebracht wurde. Die Zahl derer, die kamen, zeigt, welche große Beliebtheit unser „Reser“ genießt. Auch unser Landtagsabgeordneter Wolfgang Vogel, unser Kreisvorsitzender Robert Thaler und unsere Ex-MdB Heide Mattischeck kamen als Gratulanten. Für den Distrikt Ost habe ich ein kleines Präsent überreicht.

Als aktives Mitglied unserer Partei, als Gewerkschafter und vor allem ein Vierteljahrhundert lang als Vorsitzender der Siedlervereinigung Buckenhof hat sich Andreas in seinem Umfeld zeitlebens eingebracht und öffentlich ge-



Kreisvorsitzende Robert Thaler gratuliert

wirkt. Oder, wie es in dem Lied der Kollegen hieß: Überall, wo es anzupacken galt „war er do der gute Moo“.

Besonders lag dem Urgestein aus der Buckenhofer Siedlung dabei die Natur am Herzen. Nicht ohne Grund wurde er für dieses Engagement 1987 mit dem Ehrenbrief der Stadt Erlangen für Umweltschutz ausgezeichnet.

Der SPD trat Andreas bereits 1946 bei und gehört damit zur ersten Generation des Wiederaufbaus. Gerade in der heutigen schnelllebigen Zeit beruhigt es, dass es noch Genossen wie Andreas Hahn gibt, die über lange Zeit der Partei die Treue halten, mit ihr durch Dick und Dünn gehen und nicht wegen einzelner Äußerungen prominenter Sozialdemokraten das Parteibuch zurückgeben. Ende des Jahres wird er für diese 60 Jahre Parteimitgliedschaft geehrt. So hoffen wir, dass wir in zehn Jahren die nächsten Jubiläen mit ihm begehen können und wünschen bis dahin Alles Gute und gute Gesundheit.

Jochen Kraft



MdB Wolfgang Vogel und MdB i.R. Heide Mattischeck gratulieren

Bericht vom ersten Treffen der „Erlanger Mitte“

Am 11.6. hatte die „Erlanger Mitte“ ihr erstes Treffen. Dem Treffen war ein Gründungsauftrag im Juni-Monatsspiegel vorausgegangen. Trotz des guten bis zu guten Wetters haben sich an die zwanzig Genossinnen und Genossen im Nebenraum des „Brandenburger Adlers“ eingefunden.

Die Genossinnen und Genossen beklagten die Schwäche der Erlanger SPD und den Graben, der sich offensichtlich zwischen Kreisverband und Bevölkerung aufgetan hat. Die konsequente Ablehnung der Politik von Rot-Grün und der Entscheidungen der Bundespartei in der großen Koalition wurde als eine der Ursachen angesehen. Es herrschte Einigkeit, dass in Zukunft verstärkt die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner im Lager rechts der Mitte gesucht und mit der eigenen Partei wieder mehr Solidarität geübt werden sollte. Dies dürfe zwar nicht in blindem Gehorsam bestehen, es komme aber auf Art und Weise der Auseinandersetzung an.

Es wurde bedauert, dass Unterstützer der Beschlüsse der Bundesparteitage und der Parteispitze in der eigenen Partei eine Minderheit sind – wie man meinen könnte, wenn man die Kreismitgliederversammlungen, deren Beschlüsse und die Zusammensetzung der Gremien betrachtet. Die Ablehnung inhaltlicher Positionen führte häufig auch zur Ablehnung der Person und deren moralischer Abwertung. Viele der mittigen, BundesSPD-nahen Genossinnen und Genossen haben über die Jahre viele den Besuch der Kreismitgliederversammlungen und die aktive Mitarbeit eingestellt, da sie sich ausgegrenzt und als Genossen abqualifiziert gefühlt haben. Dies wurde von der Versammlung sehr bedauert.

Die Erlanger Mitte möchte dem nun entgegenwirken und auch die Genossinnen und Genossen, die sich frustriert und verletzt von der aktiven Arbeit abgewendet haben, wieder einladen, aktiv mitzugestalten, die Kreismitgliederversammlungen zu besuchen und offen ihre Meinung auszusprechen. Die „Erlanger Mitte“ will sich daher jeweils mittwochs in der Woche

Fortsetzung auf Seite 16



Liebe Genossinnen und Genossen,
in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause hat der Deutsche Bundestag die größte Verfassungsänderung der Bundesrepublik verabschiedet. Ich habe mir die Abstimmung zur Föderalismusreform nicht leicht gemacht und mir daher einige Gedanken gemacht, wie der richtige Weg für Deutschland aussehen könnte.

Bereits 1994 wurde ein Weg begonnen, der unseren deutschen föderalen Staatsaufbau grundlegend geändert hat. Ich stehe dem Wandel vom solidarischen, kooperativen zum Wettbewerbsföderalismus kritisch gegenüber. Durch den vorgelegten Entwurf zur Grundgesetzänderung wird dieser – in meinen Augen falsche – Weg an einigen Stellen korrigiert. Das begrüße ich, insbesondere die Stärkung der Landesparlamente. An anderen gesellschaftspolitisch zentralen Stellen wird der Weg hin zu einem Wettbewerbsföderalismus verstärkt. Insbesondere ist nicht absehbar, wie die Föderalismusreform II aussehen wird und ob sie Solidarität unter den Bundesländern und damit die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse stärken wird oder nicht.

In den Verhandlungen wurden gegenüber dem Entwurf durch die SPD-Bundestagsfraktion, insbesondere von Dr. Peter Struck viele Verbesserungen erreicht, vor allem im Hochschulbereich.

Dennoch habe ich nicht zugestimmt. Es blieben viele Punkte die ich nicht mittragen konnte:

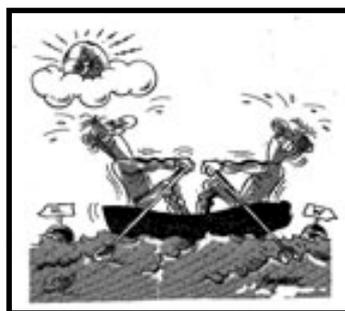
Im Bildungsbereich gab es zwar noch einige Nachbesserungen, aber erfolgreiche Programme wie das Ganztagschulprogramm sind in Zukunft zum Schaden unserer Kinder unmöglich. Außerdem bleibt die große Sorge, dass die Studienförderung – das BAFÖG – durch die Länder in Frage gestellt wird.

Föderalismusreform

Die Herausnahme des Heimrechtes aus der Bundeszuständigkeit und die damit verbundene rechtliche Zersplitterung des gesamten Bereichs der Heime in Heimrecht in Länderzuständigkeit einerseits und in Heimvertragsrecht, Pflegeversicherung und Altenpflegeausbildung in Bundeszuständigkeit andererseits halte ich nicht für gut.

Auch das Kinder- und Jugendhilferecht wird durch die Föderalismusreform bis zur Un-

kenntlichkeit verändert. Es gibt zwar noch eine Zuständigkeit des Bundes für das Kinder- und Jugendhilferecht, aber die Abweichungsmöglichkeit bei den Verfahren und der Behördenstruktur wird zwangsläufig zu einer Zersplitterung führen – die Anzeichen dafür in der Vergangenheit waren eindeutig.



Ich halte daher wesentliche Teile der Föderalismusreform für einen Schritt in die falsche Richtung: Die OECD hat der Bundesrepublik in ihrer jüngsten Studie zur frühkindlichen Förderung unter anderem ins Stammbuch geschrieben, dass die föderale Zersplitterung auch eine Ursache für unser schlechtes Abschneiden ist. Diese Zersplitterung wird vergrößert und nicht verkleinert.

Wir verabschieden uns als Bund mit der Föderalismusreform so wie sie jetzt ausgestaltet ist von weiten Bereichen der Gesellschaftspolitik und von den wichtigsten Zukunftsfragen und die bestehen für mich in den Bereichen Bildung, Kinder, Familie und Alte, aber auch Behinderte.

Mit einer solchen Vorgehensweise verabschieden sich die Mehrheit des Deutschen Bundestages und des Bundesrates in weiten Bereichen von den Wünschen und Forderungen der Men-

schen. So wichtig mehr Transparenz und eine Entflechtung von Zuständigkeiten sind, so sehr wünschen die Bürger und Bürgerinnen in den Bereichen Kinder, Bildung, Familie und ältere Menschen mehr Sicherheit, Verlässlichkeit und bundesdeutsche Einheitlichkeit. Gerade in diesen Bereichen wird mehr Wettbewerb um den Preis der Zersplitterung nicht akzeptiert. Die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland wird abnehmen zu Lasten der Bürger und Bürgerinnen in den ärmeren Bundesländern.

Insbesondere in den Bereichen von Kultur und Bildung wird künftig auf europäischer Ebene eine einheitliche und effiziente Vertretung Deutschlands nicht mehr oder nur noch mit Schwierigkeiten möglich sein – mit Nachteilen für das ganze Land.

Eure

Renate Schmidt

Fortsetzung von Seite 15

Bericht vom ersten Treffen der „Erlanger Mitte“

vor der Kreismitgliederversammlung treffen um sich inhaltlich auszutauschen, sich gemeinsam auf die Kreismitgliederversammlungen vorzubereiten und Anträge zu entwerfen.

Alle waren sich einig, dass sich dadurch Kreismitgliederversammlungen, Politik und Anbindung der Partei an die Menschen in Erlangen wieder verbessern werden. Die inhaltliche Auseinandersetzung soll selbstbewusst geführt werden. Persönliche Konfrontation und Gegenausgrenzung lehnt die Erlanger Mitte entschieden ab.

Dirk Goldenstein, Jochen Kraft



SPD - Rathaustelegramm

Bäderzukunft in Erlangen:

Klares Votum der SPD-Fraktion für neues Hallenbad im Stadtwesten

In der letzten Sportausschuss-Sitzung vor der Sommerpause wurde es endlich konkret. Die Erlanger Stadtwerke – nach dem einmütigen Willen des Stadtrates die künftigen Betreiber aller Hallen- und Freibäder – hatten zügig und solide ihre Hausaufgaben gemacht: Detailliert wurde der Sanierungs- und Finanzierungsbedarf für die beiden Standorte Rötelheimbad und Freibad - West beschrieben. Dabei stellte sich heraus, dass das Freibad im Rötelheimbad den dringendsten Sanierungsbedarf hat. Das Hallenbad Frankenhof soll geschlossen werden. Aus technischer, betriebswirtschaftlicher und finanzieller Sicht schlagen die ESTW vor, den Ersatz dafür im Rötelheimbad zu bauen.

Unmittelbar zuvor hatte Professor Rütten, Leiter des Instituts für Sportwissenschaften und Sport an der hiesigen Universität das im letzten Jahr ebenfalls vom Stadtrat in Auftrag gegebene **Sportentwicklungsgutachten** für Erlangen vorgestellt. **Kernaussage zum Bädertema: Im Stadtwesten fehlt ein Hallenbad.**

Rund 6 Millionen Euro kostet ein neues Hallenbad in der Größenordnung des Frankenhofes. Am Standort Freibad West kämen 0,3 Mio. hinzu, weil hier wegen des Hochwasserschutzes besondere Vorkehrungen getroffen werden müssen.

Fraktionsvorsitzende Gisela Niclas gab im Sportausschuss dazu folgende Stellungnahme ab: **„Wir sprechen uns für den Standort im Westen aus.** Eine Entscheidung für das Rötelheimbad bedeutet, für die nächsten Jahrzehnte den Erlanger Westen von einer angemessenen Ganzjahresversorgung mit Schwimm-Möglichkeiten endgültig abzuhängen. Das kann und darf nicht sein. Ich erinnere daran, dass bis 1996 in der Stadtentwicklungspolitik das Ziel verankert war, im Erlanger Westen ein Hallenbad zu errichten. Wir als SPD haben uns damals dagegen gewandt, als die CSU/FDP-Mehrheit dieses Ziel ablehnte. Durch das heutige Sportentwicklungsgutachten sehen wir uns bestätigt. Der Erlanger Westen ist seit mehr als 15 Jahren das Gebiet mit dem meisten Zuwachs an Bevölkerung. Wir haben hier den größten Anteil an Familien, das heißt, an Kindern und Jugendlichen, und die Zahl der Älteren ist aufgrund der Größe des Erlanger Westens ein nicht zu vernachlässigender Faktor. Wir haben hier eine große Zahl an Schulen, die kurze Wege brauchen zum Schwimmunterricht. Angesichts der alarmierenden Tatsache, dass immer mehr Kinder nicht schwimmen können, brauchen wir den kurzen Weg zum Allwetterbad für das Schul-, Vereins- und Freizeit- und Gesundheitsschwimmen.“

Nach Auffassung der SPD muss nach Wegen gesucht werden, die höheren Kosten durch Verbesserung der Einnahmen auszugleichen. Vorgeschlagen werden flexiblere Öffnungszeiten, um mehr Besucher und Besucherinnen zu gewinnen, Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit, familienfreundliche Preisgestaltung, attraktive Angebote wie Wassergymnastik, Aquajogging u.a. Ein Vorschlag der SPD zur Bürgerbeteiligung wurde bereits umgesetzt: Am 4. Oktober findet im Redoutensaal eine Bürgerversammlung zum Thema „Bäder“ statt. Ende Oktober wird der Stadtrat über den neuen Hallenbad-Standort entscheiden.



SPD-Fraktion „vor Ort“: Reges Bürgerinteresse im Anger

Nach viel positiver Resonanz auf ihre Halbzeitbilanz sucht die SPD-Fraktion nun im Rahmen ihrer Aktion „Fraktion vor Ort“ verstärkt das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Gemeinsam mit den SPD-Verantwortlichen in den Stadtteilen, werden Stadtteilbesuche, Gespräche in Einrichtungen, Diskussionsrunden zu bestimmten Themen u.a. durchgeführt. Jüngstes Beispiel: Distriktvorsitzender Christofer Zwanzig hatte eingeladen zum **Stadtteilrundgang im Anger**. Viele Bürgerinnen und Bürger nutzten die Gelegenheit zum Gespräch mit den zahlreich beteiligten Stadträtinnen und Stadträten der SPD. In der Isarstrasse beklagten sie den Autobahnlärm entlang des Frankenschneelweges. Verkehrssprecherin Felizitas Traub-Eichhorn wies darauf hin, dass der andauernde Bürgerprotest immerhin schon einen Fortschritt bewirkt hat: Die neue Fahrbahndecke, der sogenannte „Flüster-

asphalt“, mildert den Lärm etwas ab. Diese Maßnahme reicht aber bei weitem nicht aus, um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Traub-Eichhorn sagte zu, dass sich die SPD-Fraktion weiter für Verhandlungen



SPD – Rathaustelegramm

gen der Stadt mit Land und Bund stark machen wird. „Es kann nicht sein, dass **wirksamer Lärmschutz** erst mit dem dreispurigen Ausbau der A 73 kommt. Da muss schneller gehandelt werden.“

Ein weiteres Verkehrsproblem brachte eine Bürgerin auf den knappen Nenner: „Hier wird kreuz und quer geparkt“. Die Fraktionsvertreter konnten hier auf einen bereits gestellten Antrag verweisen. Angesichts der erfolgreichen Sanierung der Gewobau-Wohnungen und der entstehenden Neubauten verlangt die SPD-Fraktion ein **umfassendes Verkehrskonzept**, um die Lebensqualität und die Verkehrssicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Anger nachhaltig zu sichern.

Bei der gemütlichen Abschlussrunde in der Erba-Villa mit Kaffee und selbstgebackenem Kuchen blieb es nicht beim lockeren Smalltalk. Ernste Themen wurden angesprochen. Bürgertreffs wie die Erba-Villa und in der Fließbachstrasse leiden unter der restriktiven Finanzpolitik der CSU/FDP-Mehrheit im Stadtrat. Für den multikulturellen Stadtteil am Anger ist **integrative Kultur- und Sozialarbeit** erforderlich. Dafür wird mehr hauptamtliches Personal gebraucht. Ebenso zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements. Große Sorgen bereitete allen am Gespräch Beteiligten das Fehlen von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für die junge Generation. Die SPD-Fraktion wurde aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass die vielen arbeitslosen Jugendlichen endlich Perspektiven finden. Unverständnis, ja sogar Unmut wurde geäußert, dass die **Ausbildungsabgabe** für die vielen Betriebe, die nicht ausbilden, politisch immer noch nicht durchgesetzt ist. Einen konkreten Vorschlag aus der Gesprächsrunde will die SPD mit allem Nachdruck unterstützen: **Ein Ausbildungsprojekt mit jungen Arbeitslosen zur Sanierung der Erbauvilla! Was lange währt wird endlich gut.**



Erster Spatenstich für die neue Aussegnungshalle auf dem Westfriedhof in Steudach

Jahre hat es gedauert, bis Stadtspitze und Stadtratsmehrheit endlich eingesehen haben, dass der Zustand der „Behelfstrauerhalle“ auf dem Westfriedhof in Steudach - im Grund nicht mehr als eine etwas zu groß geratene Wellblechhütte – untragbar ist. Er ist eine Zumutung für Trauernde, aber auch eine Schande für das Ansehen unserer Stadt. Die SPD-Fraktion hat nicht locker gelassen. Immer wieder wurden Anträge gestellt und sogar konkrete Vorschläge unterbreitet, wie ein Neubau halb so teuer wie geplant erstellt werden kann. Jetzt wurde der erste Spatenstich getan. Dank und Anerkennung gebührt Allen, die dazu beigetragen haben, besonders aber Ingrid Kiesewetter, unserer resoluten West-Stadträtin in der SPD-Fraktion, die mit unglaublicher Zähigkeit das Ziel verfolgt hat: „Es muss auf dem Westfriedhof endlich möglich sein, dass Trauernde in Würde von ihren verstorbenen Angehörigen oder Freunden Abschied nehmen können.“

„Schluss mit dem Flickwerk am Dechsendorfer Weiher“

...fordert Ursula Lanig, Betreuungsstadträtin der SPD-Fraktion für Dechsendorf. Der Weiher ist auch dieses Jahr wieder wegen des Befalls durch Blaualgen schon längere Zeit für das Schwimmen und Baden gesperrt. Angesichts der schon lange andauernden Problematik ist dies nach Meinung der gesamten SPD-Fraktion ein unhaltbarer Zustand. Konzepte zur Lösung des Problems liegen vor und wurden auch in ihrer Nachhaltigkeit durch die bayerische Staatsregierung durch eine Zusage der Beteiligung an den Kosten unterstützt. Umgesetzt wurden diese jedoch nur teilweise. So steht der Bau einer Ringleitung nach wie vor aus. Lanig hatte bereits bei der Planung und Entscheidung für die Sanierung des Dechsendorfer Weihers im Stadtrat darauf hingewiesen, dass nur die Reihenfolge der Maßnahmen: Einbeziehung des Oberen Bischofsweihers und Binsenklärteiche, Ringleitung und zuletzt Entschlammung sinnvoll sein kann. Dem wurde leider nicht gefolgt. In einem Antrag verlangt die SPD-Fraktion nun den unverzüglichen Bau der Ringleitung, bevor der sich neu einlagernde Schlamm wiederum durch Phosphateintrag belastet wird und damit die Algenbildung verstärkt, sowie aktuelle Wasserproben am Auslauf der Kläranlage Röttenbach und am Zulauf des Dechsendorfer Weihers, um die Herkunft der belastenden Phosphate besser ermitteln zu können. Angesichts der Bedeutung des Dechsendorfer Weihers für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt und des Umlandes kann nicht länger zugewartet werden. Dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf die für die Entschlammung bereits investierten Finanzmittel, die durch weitere Untätigkeit völlig entwertet werden“, so Florian Janik, Finanz- und Umweltsprecher der SPD-Fraktion.



SPD – Rathaustelegramm

Initiative „Jugendhaus Innenstadt“: Endlich Räume in Sicht

Über die Situation in der Innenstadt wird seit Monaten viel diskutiert. Jugendliche, die in Gruppen Alkohol konsumieren, Lärm durch viele und späte – vor allem erwachsene (!) Kneipenbesucher, Scherben und Müll auf Straßen und Plätzen. Die SPD-Fraktion forderte im Stadtrat: nicht nur reden, handeln! Seit einigen Monaten sind jetzt in der Innenstadt zwei Streetworker unterwegs, die vor allem für die Jugendlichen Ansprechpartner sein sollen. Vor diesem Hintergrund hat sich die Initiative „Jugendhaus Innenstadt“ zusammengefunden: Eine Gruppe Jugendlicher mit dem Ziel, ein selbstverwaltetes Jugendhaus zu organisieren, wo sinnvolle Freizeitgestaltung laufen soll, wo es keinen Schnaps gibt, wo sonstige Getränke auch für „kleine Budgets“ günstig zu haben sind. Die SPD hat die Gruppe von Anfang an nachdrücklich unterstützt. Ein Verein mit einem für junge Leute bezahlbaren Mitgliedsbeitrag ist in Gründung, um Spenden wird engagiert geworben. Mitglieder der SPD-Fraktion, die in der Innenstadt wohnen, haben besonders neugierig die Augen offen gehalten und konnten den -hoffentlich -entscheidenden Raum-Tipp geben. In der Westlichen Stadtmauer Straße 17 ist die Initiative jetzt fündig geworden. Schon bald könnten die nach Auffassung der Jugendlichen „total idealen“ Räume angemietet werden, wenn...ja wenn nicht noch etwas Geld fehlen würde. Die SPD-Fraktion wird sich in der letzten Sitzung des Stadtrates vor der Sommerpause dafür einsetzen, dass die Stadt hier Hilfestellung leistet. Für Alle, die ebenfalls helfen oder Kontakt aufnehmen wollen, hier die Informationen: E-Mail: jugendhaus-er@gmx.de, Spendenkonto; Johannes Bach, Kontonummer: 883884, Flessabank erlangen, BLZ: 793 301 11



Gewerbegebiet Eltersdorf:

Stadtrat Fred Milzarek im Einsatz für mehr Betreuungsangebote für Kinder unter 3

Er ist der sehr engagierte Feuerwehrbeauftragte und Sprecher für „Arbeit und Wirtschaft“ der SPD-Fraktion. Geprägt durch seine langjährige Tätigkeit als Ausbilder weiß er ganz genau, wie wichtig eine solide Ausbildung für junge Menschen ist. Deswegen ist er auch oftmals unterwegs auf der Suche nach neuen Ausbildungsplätzen. Im Rahmen seiner Nachbarschaftskontakte hat der langjährige Betriebsrastvorsitzende bei Lukas in Eltersdorf jetzt noch einen weiteren dringenden Bedarf ausgemacht: Eine ganze Reihe Beschäftigter in den Betrieben im Gewerbegebiet am Pestalozziring brauchen Betreuungsplätze für ihre unter Dreijährigen. Sie wollen ihren Arbeitsplatz behalten, aber auch Familie haben. Bei einer Runde mit Gewerkschaftsvertretern und Betriebsräten, die kürzlich im Rathaus tagte, forderte er den Oberbürgermeister nicht nur auf, zügig zu handeln. Er präsentierte auch gleich die Lösung des Problems: Er hat vor Ort selbst recherchiert und in einer Eltersdorfer Betreuungseinrichtung freie Kapazitäten entdeckt. Weil es nicht mehr so viele Kindergartenkinder gibt, ist man dort bereit, auch unter 3Jährige aufzunehmen. Also, Herr Oberbürgermeister, nicht nur von der familienfreundlichen Stadt reden, sondern auch handeln, vor allem wenn so gut vorgearbeitet wurde.

Unsere weiteren Anträge:

- Ganztagsgrundschulen
- Beteiligungsmanagement und Controlling
- Flächendeckende klinische Versorgung d. Bevölkerung
- Projekt „Deutsch 80“

Sollten Sie Interesse an einzelnen Anträgen haben, schauen Sie ins Internet unter www.spd-fraktion-erlangen.de oder schicken Sie uns eine Mail. Gerne senden wir Ihnen den Antrag per E-Mail zu. spd@erlangen.de

Kontakt:

SPD – Stadtratsfraktion Erlangen,
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Telefon 09131-862225
Fax 09131-862181
Mail spd@erlangen.de
Internet www.spd-fraktion-erlangen.de

Impressum:

Das SPD-Rathaustelegramm wird erstellt durch die SPD – Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen.
Verantwortlich: Gisela Niclas
Redaktionelle Gestaltung: Ute Plagens



Impressionen vom SPD-Sommerfest im Röthelheimpark

